



KOMMENTAR

VON LUTZ  
HOLZINGER

**Mieter: Menschen zweiter Klasse?**

Das BZÖ (eine Abspaltung der FPÖ) hat vor der Wahl um die Stimmen der Gemeindemieter geworben. In Wirklichkeit will diese Partei die Gemeindewohnungen privatisieren. Das zeigt ein Beispiel aus Wien.

Für das BZÖ wird der Mensch erst mündig, wenn er über Eigentum verfügt. Wirtschaftssprecher Helmut Stubner sagte über Mieter von Gemeindewohnungen: „Das sind Leute, die nicht gelernt haben, selbst Entscheidungen zu treffen und ihr Leben in die Hand zu nehmen.“ Das will das BZÖ dadurch ändern, dass in Wien die 220.000 Kommunalwohnungen ins Eigentum der Mieter übertragen werden.

Erworben sollen die Wohnungen durch eine Art Wunder werden: Stubner erzählte der „Presse“ das Märchen, wonach die Sache in monatlichen Ratenzahlungen in der Höhe der derzeitigen Mieten nach 30 Jahren erledigt sein soll. Und weil er schon beim Aufschneiden war, rechnete er der Stadt Wien die Vorteile der Privatisierung vor: Da alle Reparaturen von den neuen Eigentümern zu zahlen wären, würden sich Häupl & Co. einen Haufen Geld ersparen.

Die soziale Ader des BZÖ, das offenbar das Wunder der Geldvermehrung beherrscht, beschränkt sich auf den Mittelstand. Die Partei sagt offen, dass sie sich in den Wiener Wahlen auf diese Wählerklientel konzentriert. Dabei stört nicht, dass der städtische Wohnbau, ob in Wien oder in Graz, die Funktion hat, Sozialwohnungen jenseits des Privatmarkts verfügbar zu machen. Das dürfte dieser Partei jedoch gleichgültig sein. – So unsozial, so BZÖ!



STADT MELDET ÖFFENTLICHES INTERESSE AN

**Soziales Wohnen sta**

Seit Jahren bemüht sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr um den Erwerb des Geländes der Hummelkaserne. Die Anlage wäre ideal für die Errichtung einer neuen Wohnanlage. Nun könnten die Pläne konkretisiert werden.

Noch flattert die österreichische Fahne am Mast abseits des Schlagbaumes. Im Wachhäuschen lehnt ein Soldat. Sonst herrscht Stille in der Hummelkaserne. Doch das könnte sich bald ändern.

kaserne leistbares Wohnen im Vordergrund stehen solle.

**Eurofighter vor Wohnraum: Heeresfinanzierung durch Kasernenverkauf**

Doch von seiten des Bundes waren die Signale anfangs alles andere als erfolgversprechend. „Ein Verkauf von Liegenschaften unter dem ortsüblichen Preis... würde die Reform des Österreichischen Bundesheeres gefährden“, schrieb Verteidigungsminister Platter im Sommer 2006 in einem Brief an Stadträtin Elke Kahr. Tatsächlich gab man im Verteidigungsministerium der Anschaffung der Eurofighter Vorrang vor den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

**Antrag im Gemeinderat**

2006 brachte die KPÖ das Thema „Wohnen auf Kasernengrund“ erstmals aufs Tapet, da man darin eine letzte Chance sah, in Graz in guter Lage leistbaren Wohnraum zu schaffen. Zwar erhielt der damalige Antrag im Gemeinderat Zustimmung von allen Fraktionen, und auch in der Bevölkerung stieß die Idee auf unerwartet positive Resonanz. 5200 Grazerinnen und Grazer haben die Petition der KPÖ an den Bund unterschrieben, wonach auf den Grundstücken der ehemaligen Hummel- und Kirchner-

**HEER VERKAUFT**

Das Bundesheer trennt sich noch heuer von der Hummelkaserne, die Stadt ist erster Ansprechpartner für den Verkauf. Verhandlungsbasis sind 4,7 Millionen Euro für 63.000 m². Die KPÖ drängt seit Jahren auf den Kauf.

2011 soll die 17 Hektar große Kirchnerkaserne in der Kasernstraße verkauft werden. Auch dieses Gelände wäre für eine soziale Stadtentwicklung interessant.

**Nicht aufgegeben**

Doch die KPÖ blieb hartnäckig und brachte das The-